

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion

im Rat der Stadt Sankt Augustin

Sitzung des Rates am 09.03.2016

Rede zum Haushalt 2016/2017

Martin Metz

-es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Schumacher und die Verwaltung,
sehr geehrte Ratskolleginnen und –kollegen,

es keine Zeit des Stillstands. Es ist eine Zeit der Veränderungen. Wandel gab es immer. Aber es gibt Zeiten, in denen Wandel nicht so präsent ist. Und es gibt Zeiten wie diese. In diesen Zeiten sind Systeme, Regeln, Gewohnheiten im Umbruch. Neue Konstellationen treten auf und alte Muster zerbrechen. Neue Herausforderungen machen Umdenken und Umsteuern nötig. Dabei hat Veränderung oft so einen negativen Klang. Aber es gibt positive und negative Veränderungen. Wer offen und frisch denkt, der weiß, dass Veränderungen nicht gefährlich sein müssen. Es sind erst einmal nur Veränderungen.

Zuerst: Es gab und gibt einen Wandel in der städtischen Politik. Seit der letzten Kommunalwahl fehlen hier im Rat klare Mehrheiten. Fehlen die klaren Mehrheiten? Am Anfang war ich auch skeptisch, was das neue – fehlende – Regulativ, der Abschied von „Mehrheit“ und „Opposition“ wohl bedeuten würde. Doch dieser Haushalt ist der Beleg: Es geht. Und mehr noch. Hier ist Bewegung drin.

Es weht ein frischer Wind durch diesen Ratssaal und das ist gut so.

Ein herausragender Beleg ist der Unterausschuss Haushaltskonsolidierung – Der Begriff sicher nicht Platz 1 auf der Hitliste der politischen Sexiness. Aber erfolgreich! Natürlich ist da erst der Anfang gemacht. Erst haben wir uns in diesem Gremium um die „kleinen“ Aufgaben gekümmert. Die strukturellen Änderungen liegen noch vor uns. Jedoch: Wir sehen erste Erfolge. Wir sparen über den Planungszeitraum ansteigend von 100.000 auf 200.000 Euro jährlich. Vielen Dank an Herrn Ehlert und die guten Vorschläge. Ohne Kahlschlag wird hier

optimiert. Beim Bürgerhaus Buisdorf fällt allen Beteiligten das Agieren schwer. Nur wurde beschlossen, dass es bei den Einsparungen bleiben soll, aber Alternativen mit den Vereinen geprüft werden. Gut so.

Die Entscheidung für den Unterausschuss Haushaltskonsolidierung – explizit auch öffentlich – ist gut. Danke von uns GRÜNEN an SPD und FDP und alle, die diesem zugestimmt haben. Wir müssen keine Angst haben. Ja, es ist eine Veränderung, wenn Finanznöte einer Stadt und der Haushalt öffentlich breit diskutiert werden. Aber es lohnt sich, wenn wir das tun. Solche Beschlüsse sind kein Vergnügen. Aber sie sind notwendig, wenn man an entscheidenden Stellen Angebote sichern und schaffen will.

Denn Sparen ist kein Selbstzweck. Es sichert an anderer Stelle Handlungsmöglichkeiten. Wir GRÜNE haben gemeinsam mit SPD und FDP auch deutlich gemacht, wo wir nicht sparen wollen. Auszug:

- Keine Kürzung beim Umweltprogramm, weil mit wenig finanziellem Input großartiger Output erzielt wird.
- Sicherung der Jugendangebote.
- Und keine Sportstättennutzungsgebühren, weil uns der Sport am Herzen liegt. Hier haben wir noch große Aufgaben vor uns, allen voran das Kombibad oder auch der Sportplatz in Meindorf.

Wir wollen soziale Infrastruktur da, wo sie stark nachgefragt und notwendig wird, ausbauen, beispielsweise in Niederpleis. Das ist eine soziale und offene Politik, weil sie das eigene Engagement der Menschen ermöglicht und stärkt. Weil Jugendarbeit wertvoll ist, ein Gebot der haushalterischen Vernunft, aber vor allem der gesellschaftlichen Solidarität.

Wir müssen da noch viel bewegen. Das wird nur funktionieren, wenn wir uns Spielräume schaffen. Der nächste Schritt ist der Schritt auf die lange Strecke. Dort werden wir uns beweisen müssen. Es geht um ein effizienteres Verwaltungshandeln. Es geht um echte konzeptionelle Personalentwicklung, interkommunale Kooperationen. Da sind die großen Potenziale, aber da ist auch die große Herausforderung. Das wird auch nicht überall Begeisterung auslösen. Dennoch: „Man muss immerfort verändern, erneuern, verjüngen, um nicht zu verstocken.“ Hat Goethe gesagt. Passt. Wir GRÜNE sind bereit, uns mit langem Atem auf den großen Lauf zu effektiverem Verwaltungshandeln zu machen.

Denn wir brauchen den Spielraum! Es gibt so viele Veränderungen. Wir müssen handeln, zeigen, dass wir handlungsfähig sind.

Natürlich fällt es nicht leicht, die Grundsteuer B in Stufen bis 2021 von 460 auf 550 %-Punkte anzuheben. Das ist eine Steuererhöhung von 20 %, da kommt man locker an 100 Euro Mehrkosten pro Jahr für einen Haushalt. Wir GRÜNE stimmen diesem Vorschlag des Bürgermeisters zu. Denn angesichts der Lage bleibt kaum etwas anderes übrig. Schließlich erhöhen sich auch mit Steuererhöhungen Defizit und Schuldenstand weiter, das Eigenkapital wird fast aufgebraucht. Heißt: Wir müssen baldmöglichst die Lage bessern!

Umso schwieriger: Veränderung kostet auch Geld. Aber Ausgaben sind nicht per se schlecht. Wir müssen knappe Gelder klug einsetzen! Gerade im Bereich der Kinder und der

Jugendlichen ist viel zu tun. Gemeinsam mit SPD und FDP haben wir GRÜNE klar gesagt: Das hat Priorität! Ganztägige an Grundschulen und Kinderbetreuung. Der Bedarf für Betreuung wird mittelfristig deutlich über 40 % liegen. Da muss die Stadt Prioritäten setzen. Der Ausbau darf nicht weiter stocken! Die Eltern haben einen Rechtsanspruch auf eine gute Kinderbetreuung. Und der muss erfüllt werden. Nicht nur weil es Vorschrift, sondern weil das eine tragende Säule einer sozialen und nachhaltigen Familienpolitik ist! Also: Spätestens bis Ende des Jahres brauchen wir Klarheit über die Maßnahmen an der OGS. Die müssen auch langfristig tragfähig und flexibel sein. Und wir brauchen Klarheit über die Veränderungen in der Planung für Kinderbetreuung. Damit wir die finanziellen Mittel bald bereitstellen können.

Das muss woanders nicht Stillstand bedeuten. Politik muss auch hier verändern. In unserer Stadtmitte geht es voran. Ob das jetzt überall gut ist? Sie kennen unsere Meinung. Das Zentrum wird besser. Aber eine richtige urbane Mitte wird es wohl nicht. Mit dem integrierten Handlungskonzept Zentrum ergeben sich aber ganz neue Chancen für unsere Mitte: Das Jugendzentrum und die Sanierungen im Rhein-Sieg-Gymnasium können so schneller erfolgen. Die Chancen stehen gut. Das Programm hat ein Volumen von 50 Millionen erreicht und Fördermittel stehen in Aussicht. Dafür ein ganz großes Lob insbesondere an Rainer Gleiß, der mit großem Einsatz um diese Mittel kämpft.

Nur: Bei einzelnen Projekten werden wir genau hinschauen. Provokante Aussage: Das IHK Zentrum darf kein zweites Grünes C werden!

Das Grüne C ist in seinem Kern ein gutes Projekt der Freiraumvernetzung. Aber weil es Fördermittel gab, hat man sich noch nebenher so einiges gegönnt, wo der Nutzen zweifelhaft ist. Beim IHK müssen wir uns auf die Dinge konzentrieren, die uns echt voranbringen, die das Zentrum stärken. Förderung entbindet nicht von Abwägung und Sparsamkeit! Das ist auch eine notwendige Veränderung im Denken und Handeln!

Und mal ehrlich: Niemand wäre es zu vermitteln, wenn KiTas wegen fehlender Verwaltungskapazität nicht gebaut werden können, Eltern keinen Betreuungsplatz finden, wir aber die Stadtmitte für Millionen neu umgestalten. Da werden wir GRÜNE sehr genau drauf achten, dass die Kostenplanungen für die IHK-Projekte nach unten korrigiert werden. Und folgerichtig waren wir GRÜNE mit SPD und FDP – teilweise gegen die CDU - so mutig, nette Projekte wie Kreisverkehre vorerst zu streichen, um Reserven freizuschaukeln. Aber durch Beschluss konnten hier immerhin insgesamt abzüglich etwaiger Gegenfinanzierung Investitionen in Höhe von 1,2 Millionen Euro eingespart werden, dazu noch einige kleinere Einsparungen.

So ein Projekt wie die Mobilitätsstation unterstützen wir GRÜNE aber vollumfänglich und das bleibt auch so im Haushalt. Gerade jetzt, wo sich mit dem neuen Bundesverkehrswegeplan mal wieder der politische Zombie Südtangente blicken lässt: Eigentlich tot, streunt aber noch rum. Statt einer vierspurigen Bundesstraße, Lärm und Abgasen durch Verkehr wollen wir GRÜNE genau solche Projekte wie die Mobilitätsstation entgegen setzen. Oder das Radverkehrskonzept, was endlich voran kommt und auch im Haushalt abgesichert ist.

Das ist Veränderung. Das ist die neue Mobilität. Und das ist eine sinnvolle Investition in Klima- und Umweltschutz.

Und in Sachen Klimaschutz steht noch etwas auf der Tagesordnung. Kriegen wir es dieses Jahr endlich hin, dass unsere EVG, unsere Stadtwerke, ans Laufen kommen? Es wäre notwendig. Da kommt eine gute Veränderung: Große Kohle- und Atomkraftwerke als zentrale Stromlieferanten großer Konzerne haben ausgedient. Die Bürgerinnen und Bürger werden zu Energieverbrauchern und –lieferanten, die Netze werden digital und intelligent. Mit Ausrichtung auf erneuerbare Energien und effiziente Technik. Gute Sache für den Klima- und Umweltschutz! Dazu passen lokale Stadtwerke. Das ist zuerst der Sinn der Rekommunalisierung. Und wir GRÜNE wollen nach mittlerweile fast einem Jahrzehnt Einsatz dieses Projekt in 2016 zum Erfolg bringen. Für Klimaschutz und für eine nachhaltige Finanzpolitik.

Nachhaltige Finanzpolitik... darf man den Begriff überhaupt in den Mund nehmen? Soviel ist im Fluss, in Veränderung. Personalkosten werden stärker steigen als im Plan, es gibt absehbare Mehrbedarfe bei Kinderbetreuung und Offenem Ganztage. Und die Kalkulation der Kosten der Flüchtlingsunterbringung und –betreuung ist eigentlich kein Plan, sondern eher mal eine Kenngröße.

Gut ist, dass von Bund und Land mehr Geld kommt und ab 2017 spitz abgerechnet werden soll. Heute finanziert das Land gut 2/3 der Zahlungen für Flüchtlinge, der Bund nur 1/3. Und da muss noch nachgebessert werden, wie bei vielen Fragen der Kommunalfinanzierung. Aber eines sei mir erlaubt: Es widert mich an, wie manche Bürgermeister beim Städte- und Gemeindebund Funktionen haben und vernünftigen Kompromissen mit dem Land zustimmen. Und wenn sie dann aus Düsseldorf zurückkommen, sich in ihre Amtsstube setzen und gegen die böse Landesregierung wettern. So vergiftet man Debatten und so Spielchen brauchen wir nun überhaupt nicht.

Unterbringung und Integration von Flüchtlingen sind eine Herausforderung. Es ist aber auch eine Verantwortung gegenüber allen denjenigen, die vor Krieg, Gewalt und Elend fliehen. Wir alle verspüren eine große Verunsicherung. Aber das darf nicht bedeuten, dass wir zaghaft sind, dass wir verzagen. Viele Bürger und die Verwaltungsmitarbeiter*innen mit ihrem großartigen Engagement machen es vor, was heißt auf Veränderung zu reagieren und Verantwortung wahrzunehmen. Danke!

Wir müssen für eine gute Unterbringung sorgen, Sporthallen frei machen – für die Flüchtlinge und die Vereine. Wir GRÜNE wollen weiter eine möglichst dezentrale Unterbringung und möglichst kleine Einheiten. Hier müssen finanzielle Aspekte hinten an stehen. Dafür ist die Konflikträchtigkeit zu groß. Und wir werden dazu noch viele Gespräche führen. Gut ist – Dank an alle Fraktionen -, dass wir das Thema sozialer Wohnungsbau auf GRÜNE Initiative hin voran gebracht haben.

Wir müssen viel mehr für Integration tun. Das ist eine Querschnittsaufgabe. Jeder Monat, wo die Integration derjenigen, die hier bleiben werden, unterbleibt, ist für Flüchtlinge und die Gesellschaft insgesamt ein verlorener Monat. Dazu haben wir GRÜNE einen ersten Aufschlag

gemacht und wir wollen mit allen produktiv diskutieren, wie es dabei voran gehen kann. Das ist soziale Verantwortung.

Es ist eine Zeit der Veränderung und wir müssen handeln. Wir müssen zeigen, dass wir fähig sind, zu handeln. Das gerade in einer Zeit, wo uns diejenigen stärker begegnen, die außerhalb eines demokratischen Konsens stehen. Wer wie die AfD völkische und nationalistische Politik machen will, mag bürgerlich daher kommen. Aber diese Menschen, diese Partei, sind eine veritable Gefahr für die demokratische Grundordnung, für den gesellschaftlichen Frieden und das konstitutive staatliche Element der Menschenwürde.

Ja, es ist eine Zeit im Umbruch. Menschen fliehen und suchen Schutz. Grenzen wurden einst eingerissen als Symbol der Offenheit über nationale Grenzen hinweg. Jetzt werden sie wieder hochgezogen. Wir sind alle politische Menschen. „Fluchtursachen“ ist so ein Wort. Aber wenn das nächste Mal über Waffenexporte, Handelspolitik oder Anteil der Entwicklungshilfeausgaben am Bruttoinlandsprodukt diskutiert wird: Erinnern wir uns, wo die Zusammenhänge sind. Was es über Jahre bedeutet und was es hier bedeutet. Wenn in Syrien Krieg ist, hat das Auswirkungen auf unseren Haushalt. Ja, wir sind eine Welt und niemand ist eine Insel, niemand sollte eine Insel sein wollen. Zeigen wir auch abseits der kommunalpolitischen Arbeit, dass wir Probleme auf dem Globus in sozialer Verantwortung auch global sehen und lösen wollen.

Und zeigen wir, dass die Antwort nicht rechtsextreme Parolen und Isolation sind. „Aus den Augen, aus dem Sinn“ funktioniert nie, auch nicht bei Flüchtlingen. Es darf nicht funktionieren. Wir, die demokratischen Parteien – orientiert am Primat der Menschenwürde – müssen auf Veränderungen reagieren und handeln. Um zu zeigen, dass diese Demokratie funktioniert.

Wir müssen von der Reaktion zur Aktion kommen. Es weht der Wind der Veränderung. Und wie es in China heißt: Die einen bauen dann Mauern, die anderen Windmühlen.

Dieser Haushalt der Stadt ist ein Haushalt in Zeiten der Veränderung. Er ist kein GRÜNER Haushalt. Es ist auch nicht unbedingt ein guter Haushalt, angesichts eines Defizits von über 20 Mio. Euro in 2016 und immer noch knapp 9 Mio. in 2017. Aber er ist ein Haushalt, wo GRÜNE Akzente setzen konnten. Wo die Weichen gestellt und klare Aufträge erteilt werden. Für mehr Effizienz der Verwaltung, Schwerpunkte bei Kinder und Jugendlichen und Investitionen für Klima- und Umweltschutz. Für Veränderung im besten Sinne. Für Aktion, mit Diskussion, Streit, aber alles im Sinne der Bürgerinnen und Bürger.

Es ist ein Haushalt, dem wir GRÜNE zustimmen. Auch das ist eine Änderung.

Der Dank der GRÜNEN geht an Herrn Rupp und die gesamte Kämmerei. Danke an die Verwaltung. Danke für die gute Zusammenarbeit, liebe Kolleginnen und Kollegen. Gerade bei SPD und FDP, auch bei Linken, Aufbruch und CDU. Heute ein Beschluss. Aber wir müssen noch viel verändern. Packen wir es an.